

Antrag zum Stellenplan 2019

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------|
| Referat/Amt/Abteilung bzw. Sachgebiet Referat III/Bürgeramt/Melde-, Pass- und Ausweiswesen | Stellenplan-Nr. |
| Funktionsbezeichnung der Stelle/der beantragten Stelle 3 Einheitssachbearbeitung 1 Koordinator | VGr EG 7 EG 8 |
| Stellenbesetzung (Name, Vorname) N.N | VGr d. Stelleninh. |

I. Beantragt wird – unter Beachtung der Richtlinien für Stellenplananträge -:

| | | |
|------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------|-----------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung | <input checked="" type="checkbox"/> Vollzeitstelle | <input type="checkbox"/> Teilzeitstelle |
| <input type="checkbox"/> Umwandlung/Anbringung "ku"-Vermerk (1) | Ziel und Zeitpunkt der Umwandlung: | |
| <input type="checkbox"/> Einziehung/Anbringung "kw"-Vermerk | Zeitpunkt des voraussichtlichen Wegfalls: | |
| <input type="checkbox"/> Hebung nach VGr | | |
| <input type="checkbox"/> (2) | | |

Verrechnung und ggf. Aufteilung auf Unterabschnitte

Begründung:

Der Besucheransturm im „Bürgeramt Süd“ kann aufgrund des gestiegenen Andrangs und der komplexeren Arbeitsvorgänge mit dem vorhandenen Personal nicht mehr bewältigt werden. Die Aufrufanlage muss aufgrund arbeitsrechtlicher Vorschriften an zahlreichen Tagen bereits erheblich vor Parteiverkehrsende geschlossen werden um die Besucheranliegen abzuarbeiten. Der Unmut in der Bevölkerung steigt und damit auch die Belastung der Mitarbeiter. Dieser führte in der Vergangenheit zu einer hohen Fluktuation. Die abwandernden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten zum einen nur schwer ersetzt werden zum anderen mussten neue Mitarbeiter wieder eingearbeitet werden. Dadurch erhöhten sich die Wartezeiten noch weiter.

Folgende Maßnahmen sind zur Verbesserung der Situation sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bürgeramt geplant:

Zum 01.01.2019 soll im Rathaus das „Bürgeramt Mitte“ ins Leben gerufen werden. Dort werden zwei Arbeitsplätze eingerichtet, welche im Rahmen von Online-Terminvereinbarungen einfachere Tätigkeiten im Bereich Melde-, Pass- und Ausweiswesen erledigen sollen. Angedacht sind einfache Anträge auf Personalausweise und Reisepässe. Die Arbeiten sollen durch das von der Bürgerinformation übernommene Personal erledigt werden, welches derzeit im „Bürgeramt Süd“ eingearbeitet wird.

Die Räumlichkeiten des „Bürgeramt Nord“ im 1. OG des Anwesens Stadelner Hauptstr. 96 sol-

len komplett umgebaut und modernisiert werden. Es ist geplant dort 4 Arbeitsplätze in der bisherigen Bücherei einzurichten. Als Personal soll ein Koordinator, welcher auch Parteiverkehr abwickeln soll, und 3 Einheitssachbearbeiter für den regulären Parteiverkehr tätig sein. Weiter sollen ein Warteraum mit Aufrufanlage, ein Sozialraum sowie Personal- und Kundentoiletten entstehen.

Während der Umbauarbeiten muss das bisherige „Bürgeramt Nord“ geschlossen bleiben.

Für das im „Bürgeramt Nord“ künftig einzusetzende Personal sind neue Stellen zu schaffen, da das Personal dafür im „Bürgeramt Süd“ nicht abgezogen werden kann. Bereits jetzt fehlt an den Parteiverkehrstagen im „Bürgeramt Nord“ das dort eingesetzte Personal im „Bürgeramt Süd“, was zu erheblich längeren Wartezeiten im „Bürgeramt Süd“ führt.

Die Öffnungszeiten im „Bürgeramt Nord“ sollen auf die gesamte Woche ausgedehnt werden, wobei geplant ist, den „langen Montag“ im „Bürgeramt Süd“ bis 18:00 Uhr im „Bürgeramt Nord“ auf den Dienstag zu verlegen. Dadurch entstehen mit dem bisherigen langen Donnerstag bis 16:00 Uhr in den Bürgerämtern insgesamt 3 länger Parteiverkehrstage.

07.11.2018

Datum/Unterschrift

- (1) Umwandlung bzw. künftig umzuwandeln ("ku") in die Stelle einer niedrigeren BGr/VGr/LGr oder in eine Stelle anderer Art; auch Teilzeit- in Vollzeitstelle oder Vollzeit- in Teilzeitstelle
- (2) Änderung oder Wegfall des "ku"- oder "kw"-Vermerks; Änderung der Funktionsbezeichnung usw.

II. Stellungnahme des Amtes (bei persönlichem Antrag)/Stellungnahme des Referates:

III. **GST**

IV. **Bereichspersonalrat**

V. **GPR**

VI. **OrgA**